

Der Beitrag der Entwicklungspolitik zum interkulturellen Dialog

(Informationsvermerk für die Sitzung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 5. November 2003 in Bonn)

Deutscher Bundestag Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss-Drucksache Nr. 0124 15. Wahlperiode

I. Definitivische Anmerkungen

1. Entwicklung

ist ein mehrdimensionaler, komplexer Prozess, der auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens in Freiheit von Not und Furcht für alle, auf Frieden sowie die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften und der Einen Welt abzielt. Entwicklung braucht Produktivitätssteigerungen und ein Arbeitsplätze schaffendes sowie Armut beseitigendes Wirtschaftswachstum. Entwicklung hat sich – spätestens seit der Rio-Konferenz 1992 – am Paradigma der nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung zu orientieren, also wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit zu fördern sowie politische Stabilität durch Demokratie, Menschenrechte und Frieden zu sichern. Und sie muss kulturbewusst zu sein; denn jede Art von Entwicklung hat kulturelle Gegebenheiten zu beachten, Raum für kulturelle Entfaltung zu geben und sich offen für den kulturellen Wandel zu zeigen.¹

2. Die klassische Entwicklungspolitik,

die Entwicklungspolitik im engeren Sinne², meint die von den Industrieländern, ihren Regierungen und anderen Akteuren auf der Ebene politischer Handlungen zugunsten der Entwicklungsländer betriebene öffentliche Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance* / ODA). Mittlerweile wurde ‚Entwicklungshilfe‘ durch den neutraleren und auf Partnerschaft abzielenden Begriff der **Entwicklungszusammenarbeit** (EZ) ersetzt. Die

¹ Vgl. Uwe Holtz, From *homo oeconomicus* to *homo oecologicus*, Interview in: The Courier (Africa, Caribbean, Pacific - European Union) März/April 1997, S. 25f.; ders., Entwicklungspolitik - Bilanz und Herausforderungen, in: Karl Kaiser / Hans-Peter Schwarz (Hg.), *Weltpolitik im neuen Jahrhundert*, Baden-Baden 2000, S. 481-508, 497.

² Vgl. U. Holtz (Hg.), *Probleme der Entwicklungspolitik*. Bonn 1997, S. 15f.

EZ will in den Entwicklungs- und Transformationsländern zur Überwindung von Entwicklungsengpässen, zur Befriedigung von Grundbedürfnissen und zu einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung beitragen und die Selbsthilfekapazitäten in den Partnerländern stärken, damit diese die Globalisierung zu ihrem Vorteil nutzen zu können.

Unter Entwicklungspolitik im weiteren Sinne sind alle politischen Handlungen der Industrieländer zu verstehen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben, also z. B. die Agrar- und Rüstungsexportpolitik und die Auswärtige Kulturpolitik.

3. Kultur³

meint in unserem Zusammenhang ein System von Orientierungen, Wertefeldern und Normen für Einzelpersonen und Gruppen, Gesellschaften oder Organisationen.⁴ Wo Kultur nicht der Ausgangspunkt für die Gestaltung entwicklungspolitischer Maßnahmen ist, kann weder der Mensch, der im Zentrum von Entwicklung steht und durch Kultur geprägt ist, noch sein Verhalten hinreichend erklärt werden.

Kultur- und Wertestandards, oft in gesellschaftliche Machtstrukturen eingebettet, legen Maßstäbe des Denkens, Wahrnehmens, Wertens und Handelns fest. Zu den soziokulturellen Bedingungen sind auch Institutionen zu zählen, die für eine bestimmte Gesellschaft (geschlechterdifferenziert) spezifisch und entwicklungsrelevant sind.⁵ Normen, Institutionen und Alltagspraktiken in einer Kultur können sich „auf unterschiedliche Gruppen innerhalb einer kulturellen Gemeinschaft unterschiedlich

³ Die Debatte um den Kulturbegriff und seine Bedeutung ist nicht abgeschlossen. Lt. Brockhaus, Multimedial 2003, ist Kultur die Bezeichnung für das, was der Mensch geschaffen hat, im Gegensatz zu der von ihm nicht umgeschaffenen, sondern hingenommenen Umwelt, der Natur. Kultur entfaltet sich in den verschiedensten Bereichen: Technik, Wissenschaft, Kunst, Religion, Recht und Sitte, in sozialen Institutionen und anderem. Im engeren Sinne bezeichnet man besonders wertvolle Schöpfungen als Kulturleistungen, z. B. Erzeugnisse der Kunst und den Bereich der Erziehung, der den Menschen befähigen soll, an der Kultur teilzuhaben. Zuweilen unterscheidet man auch zwischen Kultur und Zivilisation als der mehr technisch-materiellen Seite der Lebensgestaltung.

⁴ Vgl. Alexander Thomas (Hg.), Kulturvergleichende Psychologie. Eine Einführung. Göttingen 1993; Helga Losche, Interkulturelle Kommunikation. Sammlung praktischer Spiele und Übungen, Augsburg ²2000; Dieter Weiss, Kultur und Entwicklung, in: Reinold E. Thiel (Hg.); Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung), Bonn ²2001, S.366-378.

⁵ Vgl. BMZ (Hg.), Übersektorales Konzept - Partizipative Entwicklungszusammenarbeit (BMZ Konzepte Nr. 102), Bonn 1999, S. 6: Soziokulturelle Bedingungen sind „Erfahrungen, Werte, Symbole und Institutionen zu verstehen, die für eine bestimmte Gesellschaft (geschlechterdifferenziert) spezifisch und entwicklungsrelevant sind. Umfassende Kenntnisse der lokalen wie auch der nationalen sozioökonomischen Rahmenbedingungen sind eine unerlässliche Voraussetzung für die Identifizierung von Partizipationsmängeln sowie für die Einleitung von Partizipationsprozessen.“

auswirken und tragen so dazu bei, gesellschaftliche Hierarchien, etwa entlang von Geschlecht, Ethnie, Religion oder Klasse herzustellen oder aufrecht zu halten.“⁶

Kulturen wandeln sich ständig durch „intra-kulturelle“ Schübe (wie Technisierungsprozesse) und durch Übernahme fremdkultureller Standards in interkulturellen Überschneidungssituationen (wie Kleidung). Sie unterliegen besonders dann Wandlungsprozessen, wenn Entwicklungsprozesse erfolgreich verlaufen.

Die wichtigste allgemein gewonnene Erkenntnis über kulturelle Identität und Wandel und über partnerschaftlichen, interkulturellen Dialog lautet:

- die Bewahrung einer kulturellen Eigenständigkeit muss Hand in Hand mit dem notwendigen sozio-kulturellen Wandel gehen;⁷
- der Erfolg des Dialogs hängt von der Bereitschaft zu Veränderungen und Anpassungen auf beiden Seiten ab.⁸

So vertritt etwa der iranische Staatspräsident Chatami die Meinung, Tradition und Zivilisation ließen sich verändern und seien weder ewig noch heilig. Er wendet sich gegen eine Unterwerfung der islamischen Gesellschaften unter den westlichen Einfluss und warnt zugleich die traditionellen Gesellschaften davor, sich in der Trutzburg ihrer Traditionen zu verschanzen; denn Länder, die Kritik an der eigenen Tradition verbieten würden, blieben von jeglicher Entwicklung ausgeschlossen.⁹

4. Interkultureller Dialog

ist der Dialog zwischen unterschiedlichen kulturellen Gemeinschaften. Die Reflexion der Dialogpartnerinnen und –partner über ihren eigenen (kulturellen) Hintergrund, ihre Wahrnehmung der kulturellen Abgrenzung und das „In-Frage-Stellen“ der eigenen Werte ist daher ein zentrales Element von interkulturellem Dialog. **Intra-kultureller Dialog**, nicht

⁶ BMZ (Referat 120), Interkultureller Dialog in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Evaluierungsbericht, Bonn und Offenbach, Januar 2003, S. 17.

⁷ So auch Barthold C. Witte, Dialog der Kulturen: Haben wir ihn gelernt?, in: Winfried Böll/Erika Wolf (Hg.), 25 Jahre Dialog und Training – Was haben wir gelernt?, Baden-Baden 1985, S. 72-78, 77.

⁸ Vgl. Volkmar Köhler, Die DSE als Forum des „Inneren“ Dialogs, in: Winfried Böll/Erika Wolf (Hg.), a.a.O., S. 162-168, 164.

⁹ Sejjed Mohammad Chatami, Auch die Tradition ist nicht ewig, in: FAZ vom 1.9.1998. Er hatte sich 1998 für einen Dialog der Kulturen ausgesprochen hatte. (Auf Anregung Irans proklamierte die UN-Generalversammlung das Jahr 2001 zum Jahr für den Dialog der Zivilisationen.)

minder wichtig, ist der Dialog zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb einer selbst definierten kulturellen Gemeinschaft.¹⁰

Interkultureller Dialog statt Kulturkämpfe? Das Thema Kultur in der internationalen Debatte wurde durch Vorstellungen von Samuel Huntington geprägt, der die zukünftige Weltordnung nach dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes durch den Zusammenprall der größten Kulturen bestimmt sieht.¹¹ Diese „Kulturalisierung“ internationaler Politik ist höchst umstritten, da sie zum einen aufgrund fragwürdiger Kriterien sieben, mit Vorbehalten acht große homogene Kulturräume bzw. Zivilisationen konstruiert, die in sich stark differenziert sind. Zum anderen führt dieser Ansatz zu einer Ausblendung eigentlicher sozialer, politischer und ökonomischer Probleme, Interessen und Akteure.

Der Krieg der Zivilisationen ist seit den barbarischen Attacken am 11. September 2001 von einer Chimäre zur realen Gefahr geworden. Auch wenn die offiziellen Kriegsziele (im Falle Afghanistans und des Iraks, eines Tages vielleicht Syriens) dies nicht beinhalten, so ist der Eindruck von Kriegen gegen den islamischen Kulturraum kaum noch vermeidbar.¹²

Zum interkulturellen Dialog gehört die Anerkennung des Wertes der kulturellen Vielfalt in der Welt¹³ und der Koexistenz der Kulturen, was für mich jedoch nicht bedeutet, dass ich jede Kultur für mich akzeptieren würde (etwa solche Verhaltensstandards, die die Todesstrafe oder die Steinigung von Frauen zulassen). Der interkulturelle Dialog wird dann schwierig und zum Monolog, wenn die Beteiligten ihre Orientierungen und Wertestandards absolut setzen (z. B. einen religiösen oder marktwirtschaftlichen

¹⁰ BMZ (Referat 120), Interkultureller Dialog in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Evaluierungsbericht, Bonn und Offenbach, Januar 2003, S. 18.

¹¹ Samuel Huntington, Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München-Wien 1996. Dazu s. Eckart Ehlers, Kulturkreise – Kulturerdteile – „Clash of Civilisations“. Plädoyer für eine zeitgemäße Entwicklungsforschung, in: U. Holtz (Hg.), Probleme der Entwicklungspolitik, Bonn 1997, S. 98-116.

¹² Jochen Hippler, Die Zukunft des interkulturellen Dialoges nach den Terroranschlägen, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 23/24, Dezember 2001, S. 17: „Nach dem Lärm um Samuel Huntingtons „Clash of Civilizations“ gab es in Europa eine Gegenbewegung zur Wahrnehmung des Islam als feindlich. Von Teilen der Zivilgesellschaft und der Medien bis zu Sektoren der politischen Elite bestand ein erkennbares Bemühen um einen differenzierenden Umgang mit „dem Islam“, das neben außenpolitischen Dimensionen vor allem auf den innenpolitischen Kontext (Migration, Ausländerfeindlichkeit, Angriffe auf Türken) zielte. ... Nun drohen die Anschläge des 11. September und die kriegerische Reaktion der USA diese bescheidenen Ansätze zunichte zu machen. Dies würde dem Kalkül der Terroristen, die ja gerade auf die möglichst weitgehende Zuspitzung einer Konfrontation zwischen dem Westen und der islamischen Welt zielen, um sich dabei selbst zur „Speerspitze des Islam“ zu profilieren, direkt in die Hände spielen.“ S. auch <http://www.interkultureller-dialog.de>

¹³ Die UNESCO-Vollversammlung hat am 17. Oktober 2003 gegen den anfänglichen Widerstand der USA beschlossen, eine Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt zu erarbeiten.

Fundamentalismus verfechten) und eine friedliche Koexistenz unterschiedlicher Auffassungen wie auch das gegenseitige Lernen verwerfen.

Zum Dialog gehört auch, dass sich die Dialogpartner frei und ohne Furcht äußern können und dass man selbst dialogfähig ist. Staatssekretär Erich Stather ist zuzustimmen: Die Gesellschaften in Europa und in Deutschland haben Werte, die jetzt in der nationalen und internationalen Debatte noch deutlicher gemacht werden müssen.¹⁴ In dem im Juni 2002 vom BMZ präsentierten Positionspapier „Good Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“¹⁵ wird die Frage, wodurch das *Good Governance*¹⁶-Verständnis bestimmt ist, wie folgt beantwortet: durch die internationale Diskussion, das europäische Wertesystem und spezifisch deutsche Erfahrungen und Prioritäten.

Ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Vermittlung Deutschlands - und auch Europas - als Kultur- und Wertegesellschaft wird auch von der Deutschen Welle geleistet.¹⁷

II. Interkultureller Dialog in der Entwicklungspolitik

Der interkulturelle Dialog in der Entwicklungspolitik ist ein sehr weites und zugleich schwierig zu beackendes Feld. Er umfasst die Interaktion zwischen Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Kulturen bei der Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung von EZ-Maßnahmen, bei den formalisierten Verfahren zwischen Partnern und Gebern und dem politischen Dialog zwischen Regierungen, die Anwendung des Partizipationskonzeptes in der deutschen EZ, die Austauschprogramme im Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturbereich sowie Nachkontaktmaßnahmen etwa der Humboldt-Stiftung, des Goethe-Instituts oder des DAAD, die Inlandsarbeit in Deutschland und Fragen der interkulturellen Kompetenz der Dialogpartner, der Personalauswahl, -vorbereitung und Fortbildung, den deutschen Beitrag in der multilateralen EZ und besonders Vorhaben, die direkt die Förderung des interkulturellen Dialogs zum Ziel haben.

¹⁴ BMZ (Hg.), Die Herausforderungen des Terrorismus – Konsequenzen für die Entwicklungspolitik. Ergebnisse einer Dialogveranstaltung mit dem entwicklungs- und friedenspolitischen Umfeld des BMZ, Bonn, Oktober 2001, S. 8.

¹⁵ BMZ (Hg.), Good Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – Ein Positionspapier. BMZ Spezial, Bonn, Juni 2002.

¹⁶ I. d. R., wenn überhaupt, mit „guter“ oder „verantwortungsvoller Regierungsführung“ übersetzt – ich ziehe „gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln“ vor.

¹⁷ Deutsche Welle, Geschäftsbericht 2002/2003, Bonn 2003, S. 38.

Internationale Zusammenarbeit wie die EZ ist eigentlich „per se schon *interkulturell*“, und interkulturelle Kompetenz ist eine „Schlüsselqualifikation für globales Handeln und nachhaltige Kooperation in entwicklungspolitischen Kontexten“.¹⁸

Das Spezifische der interkulturellen Kommunikation bei der EZ liegt darin, dass diese - etwa im Unterschied zur global agierenden Privatwirtschaft - an den Leitideen der Armutsbekämpfung, Partizipation und Partnerschaft orientiert ist.

Die mit der wirtschaftlichen Globalisierung und auch der Auslandshilfe einher gehenden Aktivitäten sind in kulturell bedingte leistungs- und veränderungsorientierte Wertvorstellungen eingebettet, die besonders dem europäisch-amerikanischen Kulturkreis entstammen (Pauschalierungen verbieten sich jedoch; so ähnelt die konfuzianische Leistungsethik der calvinistischen in vielen Aspekten) und in anderen Gesellschaften oft zu Spannungen und Desorientierungen führen.

Diese Desorientierungen, verstärkt durch Unterlegenheitsgefühle, erklären die zunehmenden Versuche einer kulturellen Rückbindung/Rückbesinnung („religio“) auf die eigenen Quellen. So sind neue religiöse Bewegungen beobachten, u. a. im Islam, die teilweise politisch instrumentalisiert werden. Da erfolgt eine radikale Vereinfachung der Weltbilder mit pauschalen Orientierungsangeboten, scheinbar legitimiert durch die eigenen, z. T. nachträglich erfundenen kulturellen Traditionen (z.B. „Der Islam ist die Lösung“). Aber es gibt auch ein Beharren auf vormodernen Wirtschaftsformen, etwa in bäuerlichen Gesellschaften Subsahara-Afrikas, die an ökologisch über lange Phasen als überlebensdienlich bewährten sozio-ökonomischen Verhaltensmustern festhalten und damit möglicherweise Überlebenspotentiale bewahren.¹⁹

Als thematischer Schwerpunkt tritt der interkulturelle Dialog in der Entwicklungspolitik (bislang?) nicht auf. In einer vom BMZ in Auftrag gegebenen Evaluierung des interkulturellen Dialogs wurde deutlich, dass „es offensichtlich nur sehr wenige Vorhaben

¹⁸ So Alexander Loch/Gerhard Seidel, *Interkulturelle Zusammenarbeit*, in: Alexander Thomas (Hg.), *Handbuch der interkulturellen Kommunikation und Kooperation*, Göttingen 2003; S. 309-318, 309f.

¹⁹ So D. Weiss, *Kultur und Entwicklung*, in: Reinold E. Thiel (Hg.); *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie* (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung), Bonn ²2001, S.366-378, hier S.366f. Hingewiesen sei auch auf viele Bereiche traditionellen Wissens, das es z. B. bei der Bekämpfung der Wüstenbildung und der Erhaltung von Artenvielfalt und genetischen Ressourcen zu nutzen gilt. S. etwa UN-Convention to Combat Desertification / Secretariat, *Traditional Knowledge (ICCD/COP6/CST/4)*, 21. August 2003.

mit dieser konkreten Zielsetzung gibt, wovon die meisten erst nach dem 11. September 2001 geplant wurden.²⁰

III. Ziele der Bundesregierung bei der Förderung des interkulturellen Dialogs²¹

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verfolgt zu Recht zwei Hauptzielsetzungen mit dem interkulturellen Dialog, der global und auch vor Ort zu führen ist; er soll

1. zu einem friedlichen Miteinander und zu mehr Verständnis und Verständigung zwischen verschiedenen Kulturen beitragen und
2. das Verständnis der kulturellen Faktoren für Entwicklung stärken.

Zur Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik als Baustein globaler Struktur- und Friedenspolitik gehört auch, dass interkulturelles Lernen und Entwicklungspartnerschaft, d.h. gegenseitiges Geben und Nehmen, als Gestaltungsprinzipien an die Stelle der traditionellen Geber- und Nehmerrolle treten müssen.²²

1. Beitrag zum Verständnis zwischen den Kulturen

Besonders nach den barbarischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 wird vom BMZ die Auffassung betont, der Erfolg des interkulturellen Dialogs hängt von der

²⁰ BMZ (Referat 120), Interkultureller Dialog in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Evaluierungsbericht, Bonn und Offenbach, Januar 2003. Im Rahmen der Evaluierung der Instrumente des inter- und intrakulturellen Dialogs in der EZ (Zeitraum der Evaluierung: Juli bis November 2002) wurden Gespräche mit 35 Personen aus dem BMZ und acht EZ-Organisationen geführt, darunter die politischen Stiftungen, kirchliche Entwicklungsdienste sowie die GTZ und InWent; zudem wurden Projektkurz-Beschreibungen und Literatur analysiert. Dieser über 60 Seiten starke Evaluierungsbericht dient den folgenden Anmerkungen als Basis. (s. auch http://www.bmz.de/themen/erfolgskontrolle/fachinfo_zep/instrumentenevaluierungen/evalbericht300/evalbericht300_004.html)

²¹ Die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesregierung (AKP) orientiert sich u. a. an folgenden Zielen und Grundsätzen (s. Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000):

- AKP beschränkt sich nicht auf Kulturvermittlung, sondern fördert Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Menschen und Kulturen. Auswärtige Kulturpolitik gewinnt Partner und Freunde für Deutschland und fördert so unmittelbar vitale Interessen unseres Landes.
- Die AKP ist nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten.
- Die politischen Leitlinien der AKP werden vom Auswärtigen Amt formuliert und koordiniert. AKP wirkt eng mit anderen Politikbereichen zusammen, insbesondere der Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik sowie der internationalen Kooperation in verschiedenen Bereichen. Dabei findet eine enge Abstimmung der beteiligten Bundesressorts, Länder und Nicht-Regierungsorganisationen mit dem Ziel eines konzertierten Vorgehens statt.

²² Vgl. BMZ (Hg.), Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, Mai 2001, S. 61.

Bereitschaft zu Veränderungen und Anpassungen auf beiden Seiten und der internationalen Großwetterlage ab.

Erhellend finde ich in diesem Zusammenhang das Misereorprojekt „Brüderliche Union der Gläubigen“ (Union Fraternelle des Croyants) von Dori in Burkina Faso, in dem Christen und Muslime zusammenarbeiten und die Leitungsgremien paritätisch besetzt sind. Für den Erfolg dieses ländlichen zur Zeit der großen Dürre geschaffenen Projekts war zunächst der gegenseitige Respekt des jeweiligen, anderen Glaubensbekenntnisses und die Tatsache, dass man keine Annäherung über evtl. konträre, religiöse Aspekte suchte, wichtig, und dann, dass man ganz praktisch an der Verbesserung der täglichen Lebensbedingungen arbeitete. Über dieses Zusammenarbeiten an alltäglichen Problemen, so wurde mir mitgeteilt²³, entstand auch Nähe zum „Anderen“ und ein Verstehen und Akzeptieren des „anders Seins“, des anderen Glaubensbekenntnisses. Dennoch machen sich auch in Dori neuere, fundamentalistisch-islamische Tendenzen bemerkbar. Es wird deutlich, dass sich Grenzen des Dialoges vor Ort abzeichnen, wenn eine andere „Großwetterlage“ aufzieht.

Ähnliches hört Misereor von seinen Partnern im Niger. Auch dort machen sich fundamentalistisch-islamische Tendenzen breit. Die Kirche versucht bewusst ihr Engagement im Schulwesen und z. B. in der Frauenförderung zu nutzen, um den Dialog aufzunehmen und gegenseitiges Verstehen und Toleranz zu stärken. (Die Grenzen werden auch in den äußeren Rahmenbedingungen gesehen - z. T. wird der Fundamentalismus – auf beiden Seiten, wie mein Misereor-Gesprächspartner mitteilte – mit viel Geld von außen geschürt und gestützt.)

Die sich aufdrängende Einsicht lautet: Wenn Einflüsse von außen zu stark werden und den interkulturellen Dialog und gegenseitiges Verstehen im Kleinen behindern, spätestens dann muss der interkulturelle Dialog auch im Großen geführt werden. Zugleich ergibt sich die Notwendigkeit, einen innerislamischen und innergesellschaftlichen Dialog – ohne Beteiligung von außen – zu führen.

Auf der Dialogveranstaltung zum Thema „Die Herausforderung des Terrorismus – Konsequenzen für die Entwicklungspolitik“ mit dem entwicklungs- und friedenspolitischen Umfeld des BMZ am 21. Oktober 2001 im BMZ in Bonn wurde als

²³ Vincent Neussl, Afrikaabteilung - Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., E-Mail vom 23.9.03.

eine Konsequenz festgehalten, der interkulturelle und –religiöse Dialog müsse stärker gefördert werden – insbesondere in multireligiösen und multiethnischen Partnerländern und unter Beteiligung gewaltfreier Fundamentalisten. Dabei gelte es, die eigene dominierende Rolle in der Weltökonomie und –kultur zu reflektieren und auch zu verdeutlichen, dass Säkularität nicht ein Konzept ohne Werte sei.²⁴

Nur - welche Werte sind gemeint? Die „Europäische Assoziation ehemaliger Abgeordneter aus Mitgliedstaaten des Europarates oder der Europäischen Union“ hat sich auf ihrem Kolloquium in Rom am 30. November 2002 um die Definition gemeinsamer europäischer Werte, die Darlegung ihrer Wurzeln und um konkrete aus den Werten abgeleitete Forderungen bemüht. Ich selbst war für unsere Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments Berichterstatter in Rom. Die von den rd. hundert Ehemaligen angenommene „Erklärung von Rom“²⁵ spricht von gemeinsamen demokratischen, sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und ethischen Werten, von denen viele universell, also allgemeingültig sind.

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich die auf der zitierten Bonner Dialogveranstaltung vom Oktober 2001 gemachte Ankündigung „Die Förderung zugleich leistungsfähiger wie demokratisch legitimer staatlicher Strukturen in den Entwicklungsländern wird als Ziel der Entwicklungspolitik wichtiger“ ebenso begrüße wie die Aussage des Staatssekretärs „Wer Entwicklung fördern will, muss auch Menschenrechte stärken“ – gemacht auf der Dialogveranstaltung „Menschenrechte in Entwicklungsländern: Wie kann die Entwicklungszusammenarbeit zu deren Förderung beitragen?“ (29. bis 30. September 2003 in Köln).²⁶

Deutlich wurde in Köln auch, dass ein Menschenrechtsansatz (MRA) in der EZ darauf abzielt, Menschen politisch, rechtlich, institutionell wie materiell in die Lage zu versetzen, ihre Rechte einzufordern, wahrzunehmen und zu überwachen. Ein MRA ist nicht nur ergebnis-, sondern auch prozessorientiert. Vertreter/innen aus den Partnerländern betonten,

²⁴ BMZ (Hg.), Die Herausforderungen des Terrorismus – Konsequenzen für die Entwicklungspolitik. Ergebnisse einer Dialogveranstaltung mit dem entwicklungs- und friedenspolitischen Umfeld des BMZ, Bonn, Oktober 2001.

²⁵ Zu finden unter <http://hss.ulb.uni-bonn.de/uholtz/europa>

²⁶ Veranstaltet vom Entwicklungspolitischen Forum von InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) und dem BMZ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

Vgl. http://www.bmz.de/themen/imfokus/menschenrechte/mr03_konferenzbericht.html und Erich Stather in seiner Eröffnungsrede http://www.dse.de/ef/human_rights/stather_d.htm

dass die Menschen vor Ort selbst für die Umsetzung ihrer Menschenrechte kämpfen müssten. Der Zivilgesellschaft käme hierbei eine große Bedeutung zu. Die Industrieländer könnten diesen Kampf nicht für die Entwicklungsländer führen, sie könnten ihn aber fördern. Soll der MRA, der human rights-based approach (HRBA), zu einem Querschnittsthema werden?²⁷

Die in Köln gestellte Frage erstaunt. In den Vereinten Nationen werden nunmehr Menschenrechtsthemen in einer Vielzahl von Zusammenhängen in nahezu allen Gremien und Organisationen der VN erörtert. Diese Entwicklung ist „ein Ergebnis des *human rights mainstreaming*, d. h. der querschnittshaften Vernetzung der Menschenrechte in allen Politikbereichen.“²⁸ Bei den im November 2000 von Ministerrat (einschl. Heidemarie Wieczorek-Zeul) und Kommission verabschiedeten entwicklungspolitischen Leitlinien²⁹ werden zu den „horizontalen Anliegen“, den Querschnittsbereichen, die Förderung der Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, die Rechte der Kinder, die Umweltdimension und die Konfliktprävention gezählt.

Für die EZ-Organisationen bleibt – so die Evaluierungsstudie - die eigentliche mit dem interkulturellen Dialog verbundene Absicht des BMZ unklar. Generell lassen sich die **unterschiedlichen Dialog-Verständnisse** laut Evaluierung grob folgenden vier Kategorien zuordnen:

a) Interkultureller Dialog als Mittel zur Verständigung und Beitrag zu einem friedlichen Umgang mit Konflikten

Mit dem interkulturellen Dialog ist die Absicht verbunden, die Verständigung zwischen Partnern oder Parteien unterschiedlicher kultureller Herkunft zu fördern. Über den interkulturellen Dialog soll ein Beitrag zu einem friedlichen Umgang mit (Interessens-) Konflikten geleistet werden.

Interkultureller Dialog trägt zu den Zielen der Vorhaben bei, Konflikte zu lösen, das friedliche Zusammenleben von verschiedenen Gruppierungen bzw. die Versöhnung zwischen ihnen zu fördern und weiteren Konflikten vorzubeugen.

²⁷ Bislang identifiziert das BMZ folgende Querschnittsbereiche: Armutsorientierung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Umwelt- und Ressourcenschutz, Krisenprävention und Partizipative Entwicklung/gute Regierungsführung. Vgl. <http://www.bmz.de/themen/imfokus/grundsaeetze/grundsaeetze402.html>

²⁸ Auswärtiges Amt (Hg.), Sechster Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen, Berlin 2002, S.170.

Die EZ-Organisationen treten in den seltensten Fällen direkt als Dialogpartner auf. Vielmehr haben sie die Rolle von Mediatoren und Fazilitatoren, wobei sie in den meisten Fällen über lokale oder regionale Organisationen arbeiten.

b) Interkultureller Dialog zum Einbringen und zur Förderung von Werten

Nach diesem Verständnis ist Kultur nicht Rahmenbedingung, sondern Gegenstand von beabsichtigten Veränderungen durch EZ-Vorhaben in den Partnerländern. Das Verständnis von interkulturellem Dialog zum Einbringen und zur Förderung von Werten ist hauptsächlich in den Bereichen des Rechtswesen sowie der Förderung von Demokratie, *Good Governance* und Menschenrechten zu finden.

Insbesondere bei den politischen Stiftungen, aber auch bei der GTZ ging es neben dem Einsatz von interkulturellem Dialog zur Konfliktprävention und -bearbeitung darum, bestimmte Werte - wie Demokratie, kulturelle Vielfalt, soziale Gerechtigkeit, Solidarität oder auch Liberalismus - in Ländern des Südens und Ostens zu fördern. Insbesondere dem Selbstverständnis und dem Ziel der politischen Stiftungen entspricht es, die EZ als aktive „Einmischung“ in andere Kulturen zu sehen, vor allem in die politische Kultur der Partnerländer.

c) Interkultureller Dialog als Instrument zur Erreichung von EZ-Zielen

Fragen der Kultur gehören nach diesem Verständnis zu den soziokulturellen Faktoren bzw. Rahmenbedingungen, innerhalb derer EZ stattfindet. Kulturelle Fragen werden danach als eine Variable betrachtet, die neben anderen Faktoren bei der Erreichung der Ziele von EZ wie auch bei der nachhaltigen Wirksamkeit der Maßnahmen zu beachten sind (soziokulturelle Faktoren). Der interkulturelle Dialog wird eingesetzt, um die für den Erfolg von Vorhabens – z.B. ländlichen Entwicklungsprogrammen oder Infrastrukturprojekten - relevanten soziokulturellen Faktoren zu verstehen und um die Vorstellungen und Interessen der Partner besser kennen zu lernen. Auch bei Abstimmungs- und Planungsprozessen im Rahmen von Vorhaben spielt interkultureller Dialog eine Rolle, um unterschiedliche Vorstellungen der Beteiligten zu klären und um gemeinsam getragene Entwicklungsvorstellungen zu entwickeln. Dabei ist die Förderung des Dialogs zwischen Gruppen unterschiedlicher Kulturen an das Sachthema des jeweiligen Vorhabens gekoppelt und beschränkt sich darin.

²⁹ Vgl. The European Community's Development Policy (Leitlinien - Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft - Erklärung des Rates und der Kommission), Brüssel, 10. November 2000.

d) Die EZ als interkulturelle Interaktion

Die EZ beinhaltet oft auch die interkulturelle Interaktion, die den verschiedenen Etappen der EZ inne wohnt, wie z. B. die Interaktion zwischen Vertreter/innen unterschiedlicher Kulturen bei der Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung der Maßnahmen ebenso wie die formalisierten Verfahren zwischen Partnern und Gebern und der politische Dialog zwischen Regierungen.

Bei genauerer Betrachtung der Vielzahl von **Instrumenten des interkulturellen Dialogs** stellte sich heraus, dass in der EZ nur wenige wirkliche Dialoginstrumente eingesetzt werden: Konferenzen und Plattformen für Austausch, Austausch- und Exposure-Programme, lokal angepasste Dialogforen, Netzwerke, informelle Treffen auf lokaler/regionaler Ebene und auf Nord-Süd Ebene. Zahlreiche andere Instrumente werden neben den Dialoginstrumenten in den gleichen Programmen eingesetzt, teilweise begleiten oder unterstützen diesen Dialog oder sie sind diesen vorgeschaltet, um überhaupt erst den Dialog zu ermöglichen. Dazu gehören z. B. Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen, Beratungen und (wissenschaftliche) Publikationen.

Zahlreiche Gesprächspartner/innen betonten die Bedeutung, dass Konferenzen, Austauschprogramme und andere Dialoginstrumente in einen Prozess oder eine kontinuierliche Projektzusammenarbeit eingebettet sein müssen und dass wichtiger als ein Instrument an sich die geeignete Kombination und Komposition von Instrumenten entsprechend der spezifischen Situation und Zielsetzung ist.

Von zentraler Bedeutung ist auch die Art und Weise, wie die Instrumente eingesetzt werden und wie der Dialog geführt wird. Hier spielen nicht nur die Fähigkeiten der Dialogpartner/innen, deren Einstellungen und Verhalten eine Rolle, sondern auch andere Erfolgsfaktoren, wie zum Beispiel die Führung des Dialogs „auf gleicher Augenhöhe“.³⁰

Die Dialog-Kategorisierung ist von der Praxis verschiedener Durchführungsorganisationen geprägt, interessant und auch von heuristischem Wert. Das BMZ sollte jedoch den

³⁰ Die fünf Empfehlungen des Evaluierungsteams beziehen sich übrigens auf die genauere Klärung des Verständnisses und der Zielsetzung des interkulturellen Dialogs in der EZ, die verstärkte Berücksichtigung von Fragen der Fähigkeiten, Einstellungen und Verhalten der deutschen EZ-Akteure, die Stärkung des globalen Dialogs, auf Partizipationskonzept und interkulturellen Dialog und den Vorschlag, einen Workshop zur Diskussion der Evaluierungsergebnisse und zum Erfahrungsaustausch durchzuführen.

interkulturellen Dialog in den Gesamtbereich seiner entwicklungspolitischen Zielsetzungen einordnen: Entwicklungspolitik weiß sich der alles überwölbenden Aufgabe verpflichtet, Beiträge zu einer nachhaltigen, menschenwürdigen und friedlichen Entwicklung in den Partnerländern in Ost und Süd zu leisten. Mit dem von der Bundesregierung am 4. April 2001 verabschiedeten Aktionsprogramm 2015 zur Armutsbekämpfung, dem deutschen für alle Ressorts verbindlichen Beitrag zur Umsetzung der Millenniumserklärung, sind die Menschenrechte in der deutschen EZ in allen vier Zieldimensionen - der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen - enthalten. Menschenrechte - sowohl politisch-bürgerliche als auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle - werden darin als Kriterium, Ziel und Instrument der Politik genannt.³¹

2. Stärkung der kulturellen Faktoren in der Entwicklungszusammenarbeit

Zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit gehört, dass der kulturelle Kontext berücksichtigt wird.³² EZ-Fachkräfte werden in der Vorbereitungsstätte für EZ (V-EZ) der InWEnt in Bad Honnef landes- und regionalspezifisch auf ihre Einsätze – auch mittels bikultureller Trainingsteams – vorbereitet. Fremdkulturelles Verhalten muss bekannt sein und von den Fachkräften berücksichtigt werden, beispielsweise hinsichtlich des Umgangs mit der Zeit (sukzessiv-linear oder ganzheitlich-zyklisch), des Führungsverständnisses (eher demokratisch, Anerkennung von Sach- und Fachkenntnis unabhängig von Alter und Geschlecht oder eher hierarchisch und senioritätsbezogen), des Konfliktverhaltens (unmittelbare, direkte Austragung oder nur indirekte Kommunikation, Einschalten Dritter), der Beziehungsgestaltung (rein sachlich, das soziale Umfeld nicht berücksichtigend oder ein Vertrauensverhältnis schaffend, das auch Loyalitäten gegenüber Großfamilien mit in Rechnung stellt), des Umgangs mit Gewinnen (individualisiert oder gemeinschaftsorientiert) etc.

Interkulturell erfolgreiches Handeln in der EZ ist im Idealfall situations- und kulturbezogen und stellt eine Mischung aus Sach-, Sozial- und Selbstkompetenzen dar. Dementsprechend sind die Fachkräfte der EZ wie auch Begleitpersonen auf ihren Auslandseinsatz vorzubereiten, der immer nur ein Einsatz auf Zeit ist und auch von daher

³¹ BMZ (Hg.), Armutsbekämpfung - eine globale Aufgabe. Aktionsprogramm 2015. Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut, Bonn 2001.

³² Wertvolle Hinweise verdanke ich Gerhard Seidel von Internationale Weiterbildung und Entwicklung / InWEnt, Gespräch v. 23.9.03.

dem ‚Entsandten‘ i. d. R. eine höhere Anpassungsleistung abverlangt. Gefragt sind also interkulturelle Sensibilität und Kommunikationsfähigkeit und interkulturelles Handeln.

Zugleich müssen die Fachkräfte auch deutlich werden lassen, welche kulturellen Logiken, genährt von rational-wissenschaftlichem Denken, es bei uns gibt und welche Interessen Deutschland bzw. die Entsendeorganisation an der Zusammenarbeit hat.

Im Dialog geht es darum, die Anzahl der Sichtweisen zu vergrößern, nicht unbedingt darum, die richtige Sichtweise zu finden und die andern davon zu überzeugen. Er ist immer dann lohnend, wenn Schlimmeres, etwa ein mit Gewalt ausgetragener Konflikt, vermieden werden kann.

Das institutionelle Gedächtnis, zumindest das Langzeitgedächtnis, ist schwach entwickelt.³³ Bereits in den Anfangsjahren wurde der deutschen Entwicklungs-„hilfe“ dringend angeraten, fremde Kulturen und Mentalitäten besser verstehen und berücksichtigen zu lernen; andernfalls seien Fehlschläge vorprogrammiert. So war seit der 1959 vom Deutschen Bundestag beförderten Gründung der DSE (damals, als es das BMZ noch nicht gab, „Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer“, später dann für internationale Entwicklung, seit 2002 mit der Carl Duisberg Gesellschaft vereint zu InWent³⁴) die Grunderfahrung prägend, „dass technische Innovationen, soziale und wirtschaftliche Reformen nur gelingen können, wenn man dabei Kultur, Religion und alle geistigen Lebensqualitäten der betroffenen Menschen in Rechnung stellt und natürlich sie erst einmal kennen gelernt und verstanden haben muss.“³⁵

Im Rahmen einer vierzehn Punkte umfassenden Grundsatzerklärung für die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland hatte der Deutsche Bundestag in seinem Beschluss zum 4. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung einstimmig am 5. März 1982 auch eine „Kultur“-Forderung erhoben, und zwar

³³ Vgl. meine Stellungnahme zur AwZ-Anhörung „Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit“ (AwZ/Deutscher Bundestag, 29.10.97).

³⁴ Im August 2002 entstand die „Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH“ durch Fusion der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) und der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG). InWent ist die größte Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Wirtschaft für weltweite Bildung und Entwicklung sowie für interkulturelle Begegnung. Den Anstoß zur Fusion hatte das BMZ gegeben, um so die Effizienz der entwicklungspolitischen Instrumente beider Institutionen und den Stellenwert internationaler Bildungszusammenarbeit zu erhöhen.

³⁵ So der langjährige DSE-Abteilungsleiter Dieter Danckwortt: „Von den Schwierigkeiten interkulturellen Lernens“, in: Winfried Böll/Erika Wolf (Hg.), 25 Jahre Dialog und Training – Was haben wir gelernt?, Baden-Baden 1985, S. 68-72, hier s. 68.

„Die Bundesregierung sollte bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Entwicklungsvorhaben stärker kulturelle Faktoren einbeziehen... Dazu soll ein Kriterienraster vorgelegt und in den Entscheidungsrahmen aufgenommen werden.“³⁶

Die Forderung nach stärkerem Einbezug kultureller Faktoren erinnert an das Konzept von der kulturellen Bedingtheit von Entwicklung. „Die Überlegungen Max Webers (besonders in seiner Schrift *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* von 1905) und seiner Nachfolger zeigen, dass wirtschaftliche Entwicklung ein Phänomen ist, das sich nicht allein aus wirtschaftlichen Faktoren erklären lässt, das vielmehr eingebettet ist in die Gesamtentwicklung einer Kultur, das beeinflusst wird durch gesellschaftliche Institutionen und das gesellschaftliche Wertesystem (sowie eine religiös fundierte Wirtschafts- und Arbeitsethik – U. H.). Aber die sich daraus herleitende Denkschule ist weitgehend isoliert geblieben, zu einer wechselseitigen Befruchtung mit den Denkansätzen der Ökonomen ist es nicht gekommen... (und ich stimme Reinold Thiel zu, wenn er in seinem bei der DSE erstmalig 1999 erschienenen Band *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie* schreibt) ... Das Potential des kulturalistischen Ansatzes zur Erklärung von Entwicklungsprozessen ist noch weitgehend unausgeschöpft.“³⁷ Und ich füge hinzu: Die eigentliche Frage ist nicht, ob Kultur die Entwicklung beeinflusst, sondern wie?

Was ist aus dem entwicklungspolitischen Grundsatzbeschluss des Bundestages aus dem Jahre 1982 geworden? Zehn Jahre später, 1992, hat das BMZ eine Materialie zum Thema „Soziokulturelle Fragen der Entwicklungspolitik“ veröffentlicht (Nr. 83). Die Erkenntnis, dass es spezifische Erfolgsbedingungen für Projekte und Programme gibt, die im jeweiligen gesellschaftlich Umfeld angesiedelt sind, führte das BMZ dazu, das Deutsche Übersee-Institut in Hamburg mit der Erstellung „sozio-kultureller Kurzanalysen“ zu beauftragen.³⁸ Der sozio-kulturelle Ansatz des BMZ ging dabei von der zutreffenden Überlegung aus, dass die einzelnen Kulturen der Welt zu komplex sind, um vollständig erfasst und dokumentiert werden zu können; vielmehr sei nach denjenigen kulturellen Elementen zu fragen, die aus der Sicht der Entwicklungspolitik als „zentral“ zu gelten hätten – in erster Linie sei zu klären, was die betreffende Gesellschaft *wolle* und was sie

³⁶ Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Vierter Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1344.

³⁷ Vgl. Reinold E. Thiel, Zur Neubewertung der Entwicklungstheorie, in ders. (Hg.), *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE/IZEP), 2. Aufl. Bonn 2001, S. 9-34, 14ff.

könne, da die Gesellschaften vieler Entwicklungsländer meist aus unterschiedlichen Gruppen zusammengesetzt sei.

Seit 1999 gibt es für die Berücksichtigung kultureller Fragen in der EZ das „Partizipationskonzept“ des BMZ³⁹, das als Vorgabe für die bilaterale staatliche Zusammenarbeit und Orientierungshilfe für die Nichtregierungsorganisationen (NRO) der EZ dient. Es geht über die Konzepte „Soziokulturelle Kriterien für Vorhaben der EZ“ und das „Zielgruppenkonzept“ hinaus. Im Partizipationskonzept wird der Respekt gegenüber den anderen Kulturen, die Gleichwertigkeit, der Austauschcharakter und die gegenseitige Beeinflussung durch die partizipative EZ betont.

Ich bin von der überragenden Bedeutung der Kultur überzeugt und vertrete die These, dass vieles von dem, was eine erfolgreiche Demokratie ausmacht, kulturellen Faktoren zuzuschreiben ist. Die These wird gestützt

- von der Praxis – schauen Sie nach Schweden, Costa Rica oder Mauritius, Ländern, in denen für Demokratie günstige Orientierungsstandards und Wertefelder vorherrschen, wie Freiheit, Pluralismus, Toleranz und Gewaltlosigkeit,
- von Abgeordneten aus der ganzen Welt, wenn ich an die viel zu unbekanntes „Universelle Erklärung zur Demokratie“ der Inter-Parlamentarischen Union von 1997 denke, in der Frieden und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung sowohl als Voraussetzungen als auch als Früchte der Demokratie bezeichnet werden und nach der eine Interdependenz zwischen Frieden, Entwicklung sowie Achtung und Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte besteht,⁴⁰
- von der Wissenschaft – so vom indischen Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen, der herausfand, wie wichtig politische Teilhabe und Demokratie sind, um die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, und zugleich in kritischer

³⁸ Vgl. BMZ (Hg.), Sozio-kulturelle Fragen in der Entwicklungspolitik II, Materialien Nr. 93, Bonn 1995.

³⁹ BMZ (Hg.), Übersektorales Konzept - Partizipative Entwicklungszusammenarbeit (BMZ Konzepte Nr. 102), Bonn 1999.

⁴⁰ Die Erklärung findet sich in IPU (Hg.) : Democracy: Its Principles and Achievement, Geneva, 1998, S. III-VIII (oder auch <http://www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm>); auf Deutsch: Deutscher Bundestag – Drucksache 13/9048 – 13.11.97, Unterrichtung durch die Delegation der Interparlamentarischen Gruppe der Bundesrepublik Deutschland über die 98. Interparlamentarische Konferenz vom 11. bis 16. September 1997 in Kairo, S.28-30.

Analyse die Auffassung widerlegte, so genannte asiatische Werte seien der Demokratie und politischen Rechten abträglich,⁴¹

- von großen Entwicklungsorganisationen, wie dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP, dessen Bericht über die menschliche Entwicklung 2002 zum Ergebnis kommt, dass die Förderung einer demokratischen Politik Voraussetzung für einen positiven Kreislauf im Dienste der menschlichen Entwicklung ist und dass Demokratie „einen tiefer gehenden Prozess der politischen Entwicklung erfordert, der die demokratischen Werte und die demokratische Kultur in allen gesellschaftlichen Schichten verankert“.⁴²

Die Bundesregierung, d. h. Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger, stellte im Oktober 1991 - aber erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts - fünf Kriterien für den Einsatz von Instrumenten und Mitteln der EZ vor.⁴³ Sie lauten: Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtsstaatlichkeit und Gewährleistung von Rechtssicherheit, marktwirtschaftlich orientierte und soziale Wirtschaftsordnung sowie Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns. Die Vergabekriterien, die keine starren Messgrößen bilden, dienen laut Bundesregierung vor allem der Entscheidungsfindung, ob und in welchem Umfang, mit welchen Instrumenten und in welchen Bereichen mit einem Land zusammengearbeitet werden soll. Zu Recht wurde damit die Bedeutung positiver Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern als Voraussetzung für den Erfolg der EZ anerkannt.

Diese Kriterien, die aus Beschlüssen des Deutschen Bundestages seit 1982, aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ aus dem Jahre 1990 sowie der internationalen Diskussion und internationalen Vereinbarungen schöpfen, haben in Deutschland und OECD-Ländern weitgehend Zustimmung gefunden. Sie wurden und werden auch von Sprangers Nachfolgerin im Amte, Heidmarie Wieczorek-Zeul,

⁴¹ S. etwa A. Sen, Democracy as a Universal Value, in: Journal of Democracy 10.3 (1999), S. 3-17; vgl. auch Lawrence E. Harrison, The Relevance of Culture in Democratic Governance – Lessons from the Western Hemisphere, in: Indra de Soysa/Peter Zervakis (Hg.), Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone (Zentrum für Europäische Integrationsforschung/Zentrum für Entwicklungsforschung, Discussion Paper C 111), Bonn 2002, S. 17-30.

⁴² Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.), Bericht über die menschliche Entwicklung 2002. Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt (veröffentlicht für UNDP), Bonn 2002, S. 5.

⁴³ Vgl. BMZ (Hg.), Zehnter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 13/3342 (14.12.95), S. 48; dieser Teil des Zehnten Berichts mit den Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit ist auch abgedruckt in: Internationale Politik 51 (4/1996), S. 104.

gutgeheißen. Diese Kriterien verdeutlichen: EZ ist eine gezielte Intervention; mittels dieser Themen soll die – politische – Kultur der Partnerländer beeinflusst werden.

III. Schlussfolgerungen für die politische Arbeit

1. Die Entwicklungspolitik kann wie die Auswärtige Kulturpolitik, staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen, Einzelpersonen und -gruppen, internationale Parteienbündnisse, die UNESCO etc. Beiträge zum interkulturellen Dialog – auch durch Bildungsarbeit und Dialog im eigenen Land – leisten. Sie muss sich dabei auf ihre komparativen Vorteile besinnen. Der entwicklungspolitische Beitrag zum interkulturellen Dialog sollte eingebettet in die allgemeinen Zielsetzungen der Entwicklungspolitik sein und diese fördern, wie sie etwa im Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung zum Ausdruck kommen. Der Dialog ist global, regional, national und lokal, bi- und multilateral zu führen.

2. Der intra-kulturelle und innergesellschaftliche Dialog sollte vom BMZ behutsam gefördert werden. Er ist wichtig für Klärungsprozesse innerhalb bestimmten kultureller und religiöser Gemeinschaften und – je nach den Umständen – eine notwendige Voraussetzung, Begleitung oder auch Folge des interkulturellen Dialogs.

3. Wie die gesamte auswärtige Politik der Bundesregierung ist der entwicklungspolitische interkulturelle Dialog nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten und Interessen. In Fragen der Demokratieförderung, der Verwirklichung der Menschenrechte, der Nachhaltigkeit des Wachstums, der Teilhabe am wissenschaftlich-technologischen Fortschritt, der Armutsbekämpfung oder dem Schutz der natürlichen Ressourcen ist eindeutig Position zu beziehen.⁴⁴

Ein wichtiges Ziel des interkulturellen Dialogs, das sich auch die Entwicklungspolitik zu eigen machen sollte, besteht darin, einen Wertekonsens herbeizuführen bzw. zur Verbreiterung des Wertekonsenses beizutragen. Dies ist keine „bloße vernunftmäßige oder analytische Übung, auch kein pädagogisches Werk, sondern ein politischer Prozess. Dieser muss einen geeigneten Handlungsentwurf anbieten: für die Ziele der Transformation, die

⁴⁴ Vgl. Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000.

Partizipation derer, deren Wertvorstellungen geändert werden sollen, die Herausbildung institutioneller Maßnahmen, in denen sich diese Werte wieder finden.“⁴⁵

Grundlagen für den Wertekonsens sind besonders folgende Referenzpunkte:

a) Die anerkannten, für jedermann gültigen universellen Menschenrechte. Diese umfassen die politischen und zivilen Menschenrechte, die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte sowie das Recht auf Entwicklung (1948 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1966 die beiden UN-Menschenrechtspakte, 1993 Wiener Weltkonferenz über die Menschenrechte, auf der sich die Universalität gegen den kulturellen Relativismus der Menschenrechte letztlich durchgesetzt hat). Dabei wird den Rechten von nationalen, religiösen und ethnischen Minderheiten und von Frauen in der Menschenrechtsarbeit häufig eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

b) Die Allgemeine Erklärung zur Demokratie der Inter-Parlamentarischen Union⁴⁶. Gemäß dieser 1997 verabschiedeten Erklärung ist Demokratie ein Ideal, das auf Werten basiert, die den Menschen auf der Welt überall gemeinsam sind – ungeachtet der kulturellen, politischen sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede. Die Bundesregierung und die am Werte- und Demokratietransfer interessierten Organisationen sollten diese IPU-Erklärung berufen.

c) Die UN-Millenniumserklärung vom September 2000⁴⁷, in der die Staats- und Regierungschefs folgende Werte als für die internationalen Beziehungen im 21. Jh. wesentlich aufführen: Freiheit (mit einem klaren Bekenntnis zu Demokratie und partizipatorischer Regierungsführung), Gleichheit und Solidarität, Toleranz einschl. der aktiven Förderung einer Kultur des Friedens und des Dialogs, Achtung vor der Natur sowie die gemeinsam getragene Verantwortung für eine weltweite ökonomische und soziale Entwicklung und die Abwendung der Gefahren für den internationalen Frieden, wobei die Auseinandersetzung mit den Risiken und Bedrohungen, die alle Völker der Erde angehen, auf multilateraler Ebene erfolgen soll.

d) Das am 1. April 2003 in Kraft getretene AKP-EG-Partnerschaftsabkommen von Cotonou, das die Vertragsparteien geschlossen haben, „um - im Sinne eines Beitrags zu Frieden und Sicherheit und zur Förderung eines stabilen und demokratischen politischen

⁴⁵ Shalini Randeria, Die Krise der Entwicklungstheorie: einige Betrachtungen zu Kultur, politischem Prozess und Bevölkerungspolitik, in: E. Deutscher/T. Jahn/B. Motmann (H.), Entwicklungsmodelle und Weltbilder (DSE), Frankfurt 1995, S. 78-92, 81.

⁴⁶ Die Erklärung findet sich in IPU (Hg.) : Democracy: Its Principles and Achievement, Geneva, 1998, S. III-VIII (oder auch <http://www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm>); auf Deutsch: Deutscher Bundestag – Drucksache 13/9048 – 13.11.97, Unterrichtung durch die Delegation der Interparlamentarischen Gruppe der Bundesrepublik Deutschland über die 98. Interparlamentarische Konferenz vom 11. bis 16. September 1997 in Kairo, S.28-30.

Umfelds – die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der AKP-Staaten zu fördern und zu beschleunigen“. Die Ziele der EZ sollen mit Hilfe integrierter Strategien verfolgt werden, „die wirtschaftliche, soziale, kulturelle, umweltpolitische und institutionelle Elemente umfassen, die sich die Akteure in dem betreffenden Land zu eigen machen müssen.“⁴⁸ Dieses für bald mehr als hundert EU- und AKP-Staaten völkerrechtlich verbindliche Abkommen spricht also nicht nur von Achtung, Schutz und Erfüllung der Menschenrechte, sondern von der Förderung, was aktives Handeln beider Seiten erfordert. Angesichts dieser Bekenntnisse und Verpflichtungen zu Demokratie, Menschenrechten und gutem Regierungs- und Verwaltungshandeln ist es geradezu absurd, wenn einige in Süd wie Nord in diesem Zusammenhang von Neo-Kolonialismus sprechen. Richtig ist, dass sich viele Entwicklungsländer notwendigen Veränderungen nicht verschließen dürfen und insofern ein Spannungsverhältnis zwischen Eigenverantwortung der Partnerländer (*ownership*) und den Erwartungen der Industrieländer und multilateraler Institutionen besteht. Aber wer für die Überwindung des krassen Nord-Süd-Gefälles und für Armutsbeseitigungsstrategien in den Entwicklungsländern eintritt, kann schlecht für die Beibehaltung traditioneller entwicklungs-, demokratie- und menschenrechtsfeindlicher Kulturen plädieren.

Mit über 30 Partnerländern betreibt das BMZ eine Zusammenarbeit in den Schwerpunkten Demokratisierung und gute Regierungsführung, Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Verwaltungsreform - Bereiche, denen für eine Umsetzung von Menschenrechtsverpflichtungen eine zentrale Bedeutung zukommt. Dennoch ist das Potential der Menschenrechte in der EZ längst nicht ausgeschöpft; hier ist eine Veränderung der Entwicklungspraxis geboten. (So auch Erich Stather⁴⁹)

Im Übrigen gehört zum politischen Dialog – eine tragende Säule des Cotonou-Abkommens – auch, dass sich die EU-Staaten Überprüfungen gefallen lassen müssen: in Fragen von Asyl und Migration, Ausländerfeindlichkeit, mangelhafter entwicklungspolitischer Kohärenz, Doppelstandards beim Predigen von marktorientiertem Wirtschaften, z. T. skandalösen Agrarsubventionen und der Korruptionsbekämpfung.

4. Die Forderung des Deutschen Bundestages am 5. März 1982 im Rahmen einer vierzehn Punkte umfassenden Grundsatzerklärung für die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik

⁴⁷ Resolution adopted by the General Assembly [without reference to a Main Committee (A/55/L.2)]

⁴⁸ BMZ (Hg.), Das Abkommen von Cotonou – Neue Wege in der AKP-EG-Partnerschaft (Materialien Nr. 118), Bonn, August 2002 – Art. 1 und 20.

⁴⁹ Vgl. http://www.dse.de/ef/human_rights/stather_d.htm

Deutschland bleibt aktuell: „Die Bundesregierung sollte bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Entwicklungsvorhaben stärker kulturelle Faktoren einbeziehen und die sozialen Auswirkungen auf die Menschen beachten. Bei der Erfolgsbeurteilung von Projekten sollten nicht nur messbare wirtschaftliche Daten, sondern verstärkt auch immaterielle Gesichtspunkte wie die Stärkung des Selbstvertrauens, Solidarität, Partizipation und kulturelle Identität berücksichtigt werden.“⁵⁰

(Der erste Grundsatz lautet übrigens: „Bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland sollte die Verwirklichung der Menschenrechte ein wesentliches Ziel der Politik der Bundesregierung sein. Die Bundesregierung sollte daher bei Entscheidungen über entwicklungspolitische Zusammenarbeit auch auf die Verwirklichung der Menschenrechte sowie auf die Verwirklichung des sozialen Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit insbesondere durch die Einhaltung sozialer Mindestnormen und Gewährung gewerkschaftlicher Freiheiten in den Entwicklungsländern achten. Bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sollten jene Länder bevorzugt unterstützt werden, die sich um den Aufbau demokratischer Strukturen bemühen.“ Auch heute noch relevant.)

In seinem 1994er Prüfbericht der deutschen Entwicklungszusammenarbeit musste der OECD-Entwicklungshilfesausschuss eine ähnliche Empfehlung wie der Bundestag aussprechen: „Eingehende und aktuelle Kenntnisse über die Konzepte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sowie über die Kultur, Geschichte und den Entwicklungsbedarf des Gastlandes sind unabdingbare Voraussetzungen“ für eine stärkere Vor-Ort-Präsenz und ein erweitertes Koordinierungsmandat für die Entwicklungseinheiten in den deutschen Botschaften; sie „sollten - falls notwendig - in Fortbildungskursen dem Personal vor seiner Entsendung vermittelt werden.“⁵¹

Bi- und multikulturelle EZ-Teams sollten im verstärkten Maße zum Einsatz kommen.

Außerdem: Die wenigsten Akteure und Träger der Entwicklungszusammenarbeit und entwicklungspolitischer Organisationen bringen ausreichende Kenntnisse über die Geschichte der Industrialisierung unseres eigenen Landes, ihrer kulturellen Auswirkungen und der zukünftigen Entwicklung und generell über Orientierungsstandards unserer Gesellschaft mit. (Im zu Ende gehenden Jahr der Bibel darf man vielleicht fragen, wie viele unserer Experten in einen interreligiösen Dialog eintreten können, um im wahrsten

⁵⁰ Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Vierter entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1344.

⁵¹ OECD: Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe - Deutschland (Schriftenreihe Prüfberichte über die Entwicklungszusammenarbeit, Nr. 9), Paris 1995, S. 32.

Sinne des Wortes glaubhaft mit einem Hindu oder einer Muslima diskutieren zu können.) Hier muss die Mitarbeitervorbereitung und -fortbildung intensiviert werden, auch wenn die Mittelbestimmung eine Beschäftigung mit deutscher Entwicklungsgeschichte nicht beinhaltet. Geldgeber und Abgeordnete der zuständigen Bundestagsausschüsse, besonders des AwZ, sollten für die nötige Mittelbereitstellung sorgen und damit eine wichtige Basis für den interkulturellen Dialog legen.⁵² Organisationen wie InWent sind prädestiniert, Stätten der interkulturellen Erwachsenenbildung zu sein.

5. Die IPU befasste sich in ihrer in Amman am 5. Mai 2000 angenommenen Entschließung mit dem „Dialog der Kulturen und Zivilisationen“⁵³. Die darin enthaltenen Forderungen möchte ich Ihrem politischen Denken und Handeln empfehlen:

- Die Entwicklungszusammenarbeit soll verstärkt kulturelle Projekte einschließlich der Unterstützung einer eigenen Kulturindustrie in den Entwicklungsländern fördern.

Die Parlamente mögen einen parlamentarischen Dialog zwischen den Zivilisationen und Kulturen fördern – auch im Rahmen inter-parlamentarischer Freundschaftsgruppen.

6. Deutschland gehört seit 2001 zu den zwanzig Mitgliedstaaten des Nord-Süd-Zentrum des Europarats in Lissabon – dank des Willens der neuen Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, viele hatten zuvor seit Jahren die Bundesregierung zu diesem Schritt gedrängt. Ein wichtiges Ziel des Zentrums besteht darin, Information und Bildung über die gegenseitige Abhängigkeit in der Welt zu erhöhen und auch den interkulturellen Dialog zu pflegen. Der AwZ sollte sich über die Arbeit des Nord-Süd-Zentrum unterrichten lassen, nach dem bisherigen Nutzen für Deutschland fragen und selbst ein Engagement in den Strukturen des Zentrums ins Auge fassen.

7. Das Jahr 2004 ist von historischer Bedeutung im Zusammenhang mit Deutschlands kolonialer Vergangenheit: Vor 120 Jahren wurde Südwestafrika, das heutige Namibia, erste deutsche Kolonie; vor 100 Jahren gab der Oberbefehlshaber der deutschen Schutztruppe in Südwest den Befehl zu einer Vernichtungsstrategie gegen die Hereros, die schon mehrfach Außenminister Fischer mit Wiedergutmachungsforderungen konfrontiert haben; vor zehn Jahre fand der Völkermord in Ruanda – früher Teil der deutschen Kolonie

⁵² So bereits Dieter Danckwört: „Von den Schwierigkeiten interkulturellen Lernens“, in: Winfried Böll/Erika Wolf (Hg.), 25 Jahre Dialog und Training – Was haben wir gelernt?, Baden-Baden 1985, S. 68-72, 72.

⁵³ <http://www.ipu.org/english/structure/confdocs/103%2D2.htm>

Ostafrika - statt. Zur Bilanz der deutschen Kolonialgeschichte gehört auch die kulturelle Entwurzelung und Vergewaltigung der damals beherrschten Völker und die Zerstörung des Selbstwertgefühls vieler Menschen - mit andauernden Wirkung. Ende der achtziger Jahre haben der AwZ und der Deutsche Bundestag eine besondere Verantwortung gegenüber dem unabhängig werdenden Namibia anerkannt, die bis heute in einer besonderen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zum Ausdruck kommt. Eine breite, politische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte mit dem Blick auf die Zukunft gerichtet hat es in Deutschland bislang jedoch noch nicht gegeben. Es stünde AwZ und Bundestag gut an, das nächste Jahr zum Anlass zu nehmen, gewichtige Beiträge dazu zu leisten.